



Racial Profiling: Pressekonferenz mit einem Gutachtervideo zum Feuertod des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle, Berlin, November 2013

Staatsgewalttäter

Die rechtswidrige Ausübung von Polizeigewalt wird hierzulande kaum geahndet – Straftäter in Uniform müssen juristische Konsequenzen nicht fürchten.
Von Peer Heinelt

Am 7. Januar 2005 verbrannte der aus Sierra Leone stammende Flüchtling Oury Jalloh in einer Zelle des Polizeireviere Dessau, wo ihn die zuständigen Beamten auf einer Liege an Händen und Füßen gefesselt hatten. Wahrscheinlich war Jalloh schon im Zuge seiner aus nichtigem Anlaß erfolgten Festnahme schwer mißhandelt worden: Bei einer von seiner Familie durchgesetzten Autopsie diagnostizierten Gerichtsmediziner sowohl eine Nasenfraktur als auch eine Verletzung am Ohr. Die Behandlung, die Jalloh von seiten der deutschen Ordnungshüter zuteil wurde, dürfte nicht zuletzt aus rassistischen Motiven resultieren, wie die folgende aktenkundige Begebenheit anschaulich dokumentiert: Nachdem die Dessauer Polizisten beschlossen hatten, dem offensichtlich stark alkoholisierten Jalloh zwangsweise eine Blutprobe zu entnehmen, rief einer der Beamten einen Arzt an und fragte ihn, ob er »mal 'nen Schwarzafrikaner pieksen« könne. Der Mediziner quittierte die Bitte zunächst mit

den Worten »Ach, du Scheiße« und fügte danach erläuternd hinzu, daß er »immer keine Vene bei den Dunkelhäutigen« finde. Der Polizist, der sich über die erste Reaktion des Arztes vor Lachen ausgeschüttet hatte, schlug ihm daraufhin vor, doch eine »Spezialkanüle« mitzubringen.

Am 8. Dezember 2008, fast vier Jahre nach dem Tod Oury Jallohs, wurden der seinerzeitige Dienstgruppenleiter des Dessauer Polizeireviere, Andreas Schubert, und einer seiner Kollegen vom Vorwurf der »Körperverletzung mit Todesfolge« respektive der »fahrlässigen Tötung« freigesprochen. Nach Auffassung des Landgerichts Dessau-Roßlau ließ sich weder nachweisen, daß Schubert den von mehreren Rauchmeldern ausgelösten Feueralarm und die Hilferufe Jallohs bewußt ignorierte, noch daß sein Kollege bei der Durchsuchung des inhaftierten Flüchtlings das Feuerzeug übersah, mit dem sich dieser später selbst angezündet haben soll. Die von der Polizei bis heute vehement vertretene Selbstmordversion stand folgerichtig gar nicht erst zur De-

batte; dennoch ist die Urteilsbegründung insofern aufschlußreich, als sie auf vom Korpsegeist beseelte Beamte verweist, die bereit sind, in Ausübung ihres Dienstes über Leichen zu gehen. Zumindest in dieser Hinsicht fand der Vorsitzende Richter Manfred Steinhoff deutliche Worte: »Die Freisprüche beruhen nicht darauf, daß wir herausgefunden hätten, was ... passiert ist. Das, was hier geboten wurde, war kein Rechtsstaat, und Polizeibeamte, die in einem besonderen Maße dem Rechtsstaat verpflichtet waren, haben eine Aufklärung verunmöglicht. All diese Beamten, die uns hier belogen haben, sind Polizeibeamte, die als Polizisten in diesem Land nichts zu suchen haben.«

In einem Revisionsverfahren wurde Dienstgruppenleiter Schubert schließlich am 13. Dezember 2012 wegen »fahrlässiger Tötung« zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro verurteilt. Ob dieses Urteil Bestand haben wird, überprüft zur Zeit der Bundesgerichtshof (BGH). Die antirassistische Initiative »In Gedenken an Oury Jalloh« hat unterdessen ein aus eigenen Mitteln finanziertes unabhängiges Brandgutachten in Auftrag gegeben, um den Tod des Sierra Leoners aufzuklären. Zweifel an der offiziellen Selbstmordversion gibt es ohnehin schon zur Genüge. So wurde das Feuerzeug, mit dem sich Jalloh angezündet haben soll, nicht etwa bei der Spurensicherung am Tatort, sondern erst nachträglich bei den Asservaten gefunden; es weist zudem weder DNA-Spuren des Toten noch Faserreste von dessen Kleidung auf. Auch soll,

wie vor wenigen Wochen bekannt wurde, der Inhaftierte mit mehreren Litern Benzin übergossen worden sein, bevor er dann von fremder Hand in Brand gesetzt wurde.

Aber selbst wenn es zu einem weiteren Revisionsverfahren kommen sollte, muß sich Dienstgruppenleiter Schubert um Bezüge und Karriere wohl keine Sorgen machen. Eine zwangsweise Entlassung aus dem Polizeidienst ist nach den Bestimmungen des Beamtenstatusgesetzes ohnehin nur möglich, wenn er rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr Gefängnis verurteilt würde – was bei einem Schuldspruch wegen »fahrlässiger Tötung« zwar theoretisch möglich, in Anbetracht der vorangegangenen Urteile jedoch mehr als unwahrscheinlich ist. Zudem hat Schubert starke Bataillone hinter sich: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat bereits verlauten lassen, sie wolle ihm sämtliche Straf- und Prozeßkosten erstatten. Als ursächlich für Jallohs Tod erachtet man hier nicht etwa Rassismus, sondern die »mangelnde technische und personelle Ausstattung« der Dessauer Ordnungshüter, wie Uwe Petermann, GdP-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, im Januar dieses Jahres erklärte.

Nun ist es zwar glücklicherweise nicht die Regel, daß Menschen in deutschen Polizeizellen zu Tode kommen, dennoch sind das Schicksal Oury Jallohs und der Fall Schubert in mehrfacher Hinsicht exemplarisch für die Tätigkeit der hiesigen Repressionsbehörden: Polizeigewalt richtet sich in erster Linie gegen Ausländer oder Menschen, die – etwa aufgrund ihrer Hautfarbe – dafür gehalten werden, sowie gegen deren antirassistische Unterstützer und sonstige linke Querulanten. Stehen staatliche Ordnungshüter wegen ihrer brutalen Dienstausbübung tatsächlich einmal vor Gericht, ziehen sich die entsprechenden Prozesse oft über viele Jahre hin und enden für die Opfer meist in jeder Hinsicht unbefriedigend. Grundsätzlich halten deutsche Richter und Staatsanwälte Polizisten für besonders glaubwürdig, aber selbst wenn dem nicht so sein sollte, können sich die angeklagten Vollzugsbeamten der bedingungslosen Solidarität ihrer Kollegen und ihrer Gewerkschaften sicher sein.

Nur – meistens kommt es gar nicht soweit. Laut einer seit 2009 von den Staatsanwaltschaften geführten Statistik kommt es in lediglich rund drei Prozent aller angezeigten Fälle rechtswidrig ausgeübter Polizeigewalt überhaupt zu einer Anklage. Anno 2010 etwa wurden 2.133 Ermittlungsverfahren gegen Straftäter in Uniform abgeschlossen; nur 63 davon führten zu einer Anklageerhebung oder zur Beantragung eines Strafbefehls. Nicht umsonst verweist der im selben Jahr von Amnesty International (AI) veröffentlichte Bericht über »mutmaßliche Mißhandlungen durch die Polizei in Deutschland« auf ein »Klima der Straflosigkeit«.

So erschreckend die genannten Zahlen auch sind – sie spiegeln die gesellschaftliche Realität höchstens partiell wider, basieren sie doch auf zwei wesentlichen Einschränkungen: Zum einen muß die von den Vollzugsbeamten ausge-

übte Gewalt rechtswidrig gewesen und zum anderen zur Anzeige gebracht worden sein. Wenn also Angehörige der Bundespolizei an Flughäfen und Bahnhöfen das Gepäck von Menschen mit nichtweißer Hautfarbe durchsuchen und diese zwingen, ihre Personalien preiszugeben sowie über Ziel, Sinn und Zweck ihrer Reise Rede und Antwort zu stehen, so mag man dieses Vorgehen zwar für diskriminierend und damit für einen Ausdruck struktureller Gewalt halten, rechtswidrig ist es nicht. Laut Paragraph 22 des Bundespolizeigesetzes können die Ordnungshüter »zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet ... jede Person kurzzeitig anhalten, befragen und verlangen, daß mitgeführte Ausweispapiere oder Grenzübergtrittspapiere zur Prüfung ausgehängt werden, sowie mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen«. Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Koblenz wäre es daher »sachwidrig und realitätsfern«, würden sich die Beamten bei ihren Kontrollen nicht an Indizien orientieren, die »auf das Herkunftsland der Reisenden« schließen lassen, »also selbstverständlich auch (an) Haar- und Hautfarbe« – geht es doch um Ermittlungen »im Deliktfeld Irreguläre Migration«.

Folgerichtig verteidigt der mit dem Adjektiv »unsympathisch« noch gut bediente Bun-

Nur in drei Prozent aller Fälle illegaler Polizeigewalt kommt es zu einer Anklage

desvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Rainer Wendt, offensiv das von Mitgliedern seiner Organisation betriebene »Racial Profiling«: »Wenn die Politik nicht möchte, daß die Polizei illegale Zuwanderung in dieser Form bekämpft, dann muß sie uns diesen Auftrag entziehen. ... Dann würde aber auch die erfolgreiche Arbeit der Bundespolizei bei der Bekämpfung der illegalen Migration beendet sein. Die Politik kann uns jedoch nicht den Auftrag und die Befugnisse geben und hinterher sagen: Igittigitt, das ist Rassismus.«

Bei so viel politischer, juristischer und gewerkschaftlicher Rückendeckung für Rassisten in Uniform ist es nicht verwunderlich, daß insbesondere nichtweiße oder nichtdeutsche Opfer von Polizeigewalt diese höchst selten zur Anzeige bringen. Laut dem Rechtswissenschaftler Tobias Singelstein von der Freien Universität Berlin liegt die Dunkelziffer der nicht angezeigten Fälle »sicher um ein Vielfaches höher« als die der angezeigten. Amnesty International benennt in dem bereits erwähnten Bericht einen zentralen Grund dafür: die Furcht vor weiteren Repressalien. Wer schon einmal bei einer politischen Demonstration von Polizisten mit Pfefferspray oder Schlagstock traktiert wurde und sich, kaum erholt, prompt mit einem Ermittlungsverfahren wegen »Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte« konfrontiert sah, dürfte eine Vorstellung davon haben, was gemeint ist.

Das von AI exemplarisch geschilderte Schicksal eines Kosovaren ist indes weit drastischer. Da der Mann nicht über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügte, hatte er versucht, sich einer polizeilichen Personenkontrolle durch Flucht zu entziehen und war, nachdem ihn die beteiligten Beamten gestellt hatten, von diesen so schwer mißhandelt worden, daß er seither auf dem rechten Auge blind ist. Noch am selben Tag erstattete die Polizei Strafanzeige gegen ihn wegen illegalen Aufenthalts, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Seine eigene Anzeige wurde von der Staatsanwaltschaft zwar entgegengenommen, aber nicht weiterverfolgt; das Verfahren endete mit der Abschiebung des Mannes in den Kosovo. Wie der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte (ILMR), der Rechtsanwalt Rolf Gössner, unlängst lakonisch konstatierte, haben Migranten hierzulande eben »keine« Beschwerdemacht«.

Um der – wohlgermerkt – »rechtswidrigen« Polizeigewalt in Deutschland beizukommen, fordern Organisationen wie AI und ILMR schon seit längerem die Einrichtung einer von staatlichen Stellen »unabhängigen Kontrollinstanz« zur Untersuchung von Fällen, in denen Ordnungshütern »schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen« vorgeworfen werden. Die Kommission soll befugt sein, selbständig Tatorte zu besichtigen, Zeugen und Beschuldigte zu befragen, Einsicht in polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten zu nehmen und unangemeldet Polizeidienststellen aufzusuchen.

Wie realistisch dieses Ansinnen ist, wird deutlich, betrachtet man Ausstattung und Tätigkeit der Ende 2008 vom Bundesjustizministerium geschaffenen »Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter«. Die aus insgesamt fünf ehemaligen Ministerialbeamten und Regierungsdirektoren sowie der Ausländerbeauftragten des Freistaats Thüringen bestehende Institution hat die Aufgabe, den sich aus der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Antifolterkonvention ergebenden Verpflichtungen Deutschlands Rechnung zu tragen, indem sie regelmäßig »Orte der Freiheitsentziehung« aufsucht und über die dortigen Zustände informiert. Das tun die Mitglieder der »Nationalen Stelle« denn auch mit durchschlagendem Erfolg: Anno 2012 besichtigten sie rund 40 Polizeireviere und Haftanstalten – von bundesweit etwa 13.000. Folgt man ihrem anschließend verfaßten »Jahresbericht«, hatte hier alles mehr oder minder seine Ordnung: »Die Nationale Stelle ist auf keine Anzeichen von Folter gestoßen, hat aber eine Reihe nicht hinnehmbarer Mißstände festgestellt. Sie hat zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von Menschen in Gewahrsam an die Aufsichtsbehörden gerichtet, die in wichtigen Teilen umgesetzt sind.« Über die Opfer des gesellschaftlich akzeptierten, juristisch abgesegneten und staatlich institutionalisierten Rassismus steht in dem Bericht kein Wort. ●

Peer Heinelt schrieb in KONKRET 8/13 über die Zusammenarbeit von BND und NSA